

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 15.10. 2014

peter liese: 'wir bekommen eine starke kommission' + elmar brok begrüßt polens mann für europa + joschka fischers solide warnung + widerlegung einer putin'schen nato-verleumdung rene sommer über die ständigen türkei-rückschritte + afd-interna + aktionen "gegen explodierende kriminalität" + afd-umfeld gegen TTIP-vertrag + jansen-kommentar über schottland

Interview mit Herbert Reul: Europas bewährt kritisches Parlament Hearings mit den EU-Kommissarkandidaten sind so einmalig wie wirksam



Herbert Reul MdEP

ContraSalon: Wie fällt Ihr Fazit über die Anhörungen der Kommissarkandidaten durch das Europäische Parlament aus?

Herbert Reul MdEP: Die Anhörungen haben sich bewährt und sind schon einmalig. Es gibt kein nationales Parlament, in dem sich neue Minister vor ihrer Ernennung einer dreistündigen Befragung durch Volksvertreter und einer möglichen Abstimmung über sie stellen müssen.

ContraSalon: Musste der designierte Präsident Juncker jeden Personalvorschlag der 27 Regierungen hinnehmen, kann er mit Begründungen ablehnen?

Herbert Reul MdEP: Das Vorschlagsrecht hatten und behielten die EU-Mitgliedstaaten. Ein formelles Recht abzulehnen hat Juncker nicht, aber er hat da schon Einfluss. Dass er z.B. die Anzahl Frauen von anfangs drei auf neun erhöht hat, ist seiner Beharrlichkeit gegenüber den Mitgliedstaaten zu verdanken.

ContraSalon: Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD/S&D) hat früh gedroht: "Wenn Juncker zu wenige Frauen gewinnt und das Team unausgewogen ist, lassen wir (!) ihn durchfallen". Im Fall Slowenien hat Juncker die Kandidatin Bratusek ausdrücklich mit der Bemerkung hingenommen, die sei halt "sowohl Frau wie Liberale". Inzwischen steht eine Parlamentsmehrheit quer zu Bratusek. War dies unvermeidbar?

Herbert Reul MdEP: Rückblickend kann man sagen, dass Frau Bratusek das schwächste Glied im möglichen Team war. Politisch im eigenen Land nahezu erledigt, fachlich wenig überzeugend, dazu nicht aus EVP oder S&D. Doch ein Veto gegen andere Kandidaten, die fachlich ebenso schwach waren, hätte die politische Balance womöglich gestört. Das wäre unkontrollierbar geworden. Ob die slowenische Nachfolgerin wirklich qualifizierter und politisch passender ist, bleibt noch abzuwarten.

ContraSalon: Die EVP und die sozialdemokratische SPE hätten, so lautet Kritik, nichts oder wenig getan, um befreundete Regierungen von ungeeigneten Kandidaten abzubringen, zum Beispiel von dem Franzosen, der in Pariser Regierungen finanzpolitisch versagte, dies nicht allein nach Meinung der EVP und der Liberalen. Wachten beide Volksparteien zu spät auf?

Herbert Reul MdEP: Die Nominierung von Moscovici durch Paris war eine klare politische Nominierung Frankreichs. Da steckt noch mehr dahinter, denn Frankreich wollte ja auch genau dieses Ressort. Dies ist ein Teil des Plans der sozialistischen Regierung, die Spielregeln in Europa zu ändern. Viele Sozialdemokraten stützen das ja.

Nun ja, dieser Plan ist nicht aufgegangen, weil wir als CDU und mit uns die ganze EVP rechtzeitig aufgewacht sind. Jetzt wird der Kandidat zwar Kommissar, aber in engen Schranken, und ohne Zustimmung des Vizepräsidenten Dombrovskis, der von der EVP kommt, kann er nichts machen. Diese Entwicklung wurde viel zu wenig bekannt gemacht.

ContraSalon: In der katholischen Kirche ernennt der Papst mittlerweile einen neuen Bischof nur, wenn ihm aus der betroffenen Diözese drei Kandidaten zur Auswahl vorge-

schlagen werden. Sollte man nicht auch einem designierten EU-Kommissionspräsidenten ein solches Verfahren an die Hand geben ?

Herbert Reul MdEP: Das einzige Land, wo es so eine Liste gab, war Slowenien. Darauf stand auch die Kandidatin Bratusek, die platziert wurde – mit beschränktem Erfolg.

Ich bin froh, dass so viele Mitgliedstaaten sofort recht gute Kandidaten nominiert haben. So viele Top-Leute mit Format, zum Teil sogar ehemalige Premierminister wie zum Beispiel Katainen oder Dombrovskis oder bei den Sozialdemokraten der niederländische Außenminister Timmermans und natürlich auch Günther Oettinger gab es vorher einfach nicht. Eine Auswahlliste von jeder EU-Regierung wäre eher gefährlich und verleitet einen designierten Präsidenten möglicherweise dazu, sich lauter Ja-Sager auszuwählen.

ContraSalon: Gegenwärtig besteht der Eindruck, dass im Europäischen Parlament eine "große Koalition" dafür sorgt, dass ihre Kandidaten für das Juncker-Team quasi gemeinsam durchkommen. Sollten die Parteien künftig nicht den Versuch machen, ihre Kommissar-Kandidaten schon im Europawahlkampf *mit* herauszustellen?

Herbert Reul MdEP: Teilweise wurden die Spitzenleute auch schon im jüngsten Wahlkampf herausgestellt. In Spanien war zum Beispiel Miguel Arias Canete Spitzenkandidat der "Volkspartei" (PP), nun wird er Kommissar. Das kann man machen. Problematisch würde es aber dann, wenn daraus ein Automatismus werden sollte, denn dann müssten die Kommissions-Kandidaten zuerst für das EP kandidieren. Die Wähler würden dann auch Personen ins Europäische Parlament wählen, die ihr Mandat gar nicht wahrnehmen. Auch dies könnte passieren: Gute Leute, wie beispielsweise ehemalige Premierminister, könnten in Zukunft für die Kommission mit ihren speziellen Erfahrungen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Herbert Reul ist Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. Seine Wähler hat er im CDU-Bezirk Bergisches Land.

PETER LIESE zu den Brüsseler Hearings

"Die Entscheidung der Ausschüsse für Umwelt und Energie machte letzte Woche Jean-Claude Junckers Team noch stärker als vor den Anhörungen." Das meinte anschließend Dr. med Peter Liese, umweltpolitischer Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP-Christdemokraten).

Liese: "Die beiden Parlamentsausschüsse lehnten die slowenische Kandidatin Alenka Bratusek, eine Liberale, für einen Vize-Präsidenten-Posten klar mit 13:112 Stimmen ab. Der designierte Kommissar Arias Canete (EVP/PP) wurde dagegen mit 77 zu 48 Stimmen klar bestätigt. Der Unterschied zwischen den beiden Kandidaten hätte nicht größer sein können. Bratusek konnte weder durch besondere Kenntnis noch durch Engagement überzeugen. Arias Canete hingegen kannte sein Portfolio sehr gut und war in den Anhörungen einer der wenigen Kommissare mit klaren Aussagen hinsichtlich seiner künftigen Politik. Diese gingen schon weiter als die gegenwärtigen Positionen der EU-Kommission. Es war also ein guter Tag für die Demokratie in Europa, und wir haben jetzt ein sehr starkes Kommissionsteam, besonders im Bereich Klima und Energie."

Namen sind Nachrichten

Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, begrüßte den Entschluss der polnischen Regierung, nunmehr einen eigenen Europaminister zu ernennen. Er habe es erlebt, dass der Neue, **Rafal Trzaskowski**, "durch und durch europäisch denkt". **Grzegorz Schetyna**, Polens neuer Außenminister aus Breslau, konzentriert sich jetzt u.a. auf die USA-Beziehungen Polens.

Edmund Stoiber, bayerischer Ex - Premier, legte nach sieben Jahren ehrenamtlicher Beratung der Brüsseler EU-Kommission einen Abschlussbericht vor. Er und sein Team machten mehr als 300 Vorschläge zum Bürokratieabbau mit einem Einsparpotential von 41 Mio. €. Das Ziel, bis 2013 ein Viertel Bürokratiekosten zu sparen, wurde erreicht. Die Wirtschaft in der EU wurde dadurch um 33 Mio. € entlas-



Minister Schetyna

tet. Das Stoiber-Team stellte für die Zukunft noch 10 Forderungen auf, u.a. nach einem ständigen Beauftragten für Bürokratieabbau, weiteren besonderen Maßnahmen zur Entlastung kleiner Unternehmen und nach Verkürzung der heute bis sieben Jahre dauernden Rechtsetzungsprozesse. Stoiber wurde in den Medien mehrfach mit der Lüge verleumdet, er werde für seine Arbeit in Brüssel bezahlt.

Michael Gahler, hessischer CDU/EVP-Europaabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, kommentierte zum 75. Jahrestag des [Hitler - Stalin - Pakts](#) vom 23.8.1939: "Das Recht des Stärkeren im Europa des 21. Jahrhunderts mit Waffengewalt durchzusetzen, ist ein stalinistischer Ansatz. Wir antworten darauf friedlich mit Sanktionen. Und wir im Europäischen Parlament antworten auch mit der Ratifizierung des Abkommens mit der Ukraine. Slawa Ukraini!"

Joschka Fischer, inzwischen 66, steht europapolitisch seit vielen Jahren "auf Helmut Kohl". Sein neues Buch "Scheitert Europa?" und sein brillantes SPIEGEL-Interview vom 13.10. beweisen es. Nicht einmal alle Grünen rümpfen die Nasen. Fischer sagt richtig, dass die EU am Ende wäre, wenn es nicht zu neuen deutsch-französischen Initiativen komme, und er warnt vor einem "deutschen Europa". Auch schlägt er eine neue Ordnung aller EU-Organe vor, wie sie schon von Christdemokraten skizziert wurden. Seine politische Beratungsagentur "Fischer & Company" verbreitet auch Fischer-Realismus.



Joschka Fischer in Berlin

David McAllister, niedersächsischer CDU-Vorsitzender und neuer Europaabgeordneter, sollte nach Zeitungsmeldungen aus NRW angeblich [Elmar Brok](#) als Chef-Außenpolitiker der EVP-Fraktion ablösen wollen. CDU/CSU-Gruppenchef [Herbert Reul](#) klärte öffentlich: "Brok war damit einverstanden, dass er zur Legislatur-Halbzeit (2016) von McAllister abgelöst wird." Ob der Auswärtige Ausschuss den Hannoveraner auch wählt, ist heute noch nicht sicher. Unter ganz ähnlichen Verhältnissen erreichte seinerzeit der CSU-Abgeordnete [Dr. Otto von Habsburg](#) eine abermalige Verlängerung seiner Amtszeit als Ausschuss-Chef.

Dr. Jacob Nordangård von der schwedischen Linköping-Universität, Department for Studies of Social Change and Culture, referiert am 17. Oktober auf der [8. Internationalen Klima- und Energiekonferenz](#) in Frankfurt zum Thema "Die unheilige Allianz zwischen Lebensmittelindustrie und Umweltschützern". Im Mittelpunkt der Tagung steht aber die Kritik an der offiziellen "Klimapolitik". Dazu referieren u.a. die Professoren [Ewert, Lüdecke und Weiss](#). Die ausländische Beteiligung an der Konferenz stieg um ein Viertel. Wir werden später Hinweise auf Vortragstexte im Internet geben.

Shane Greenstein und Feng Zhu, US-Forscher, haben über mehrere Jahre hinweg "Wikipedia"-Texte analysiert. In 70.000 Fällen fanden sie eine "politische Manipulation nach links". In England fanden Rechercheure heraus, dass sich [William Connolley](#), mehrmals grüner Parlamentskandidat, auf Manipulation von 5428 "Wikipedia"-Texten zu Klimafragen spezialisiert hatte und dafür sorgte, dass sogenannte Klimaskeptiker nicht zu Wort kamen. Nach Meinung von Unterhaus-Experten bezweifeln inzwischen weit über tausend britische Forscher die Daten des "Weltklimarats". Dieses Gremium hat aber in seinem letzten Bericht eingeräumt, dass es seit 17 Jahren keine Erhöhung des Weltklimas mehr gegeben hat, wohl regionale Erwärmungen, wie sie immer wieder vorkamen. Wer weiß schon, dass die Alpen seit der Bronzezeit sechsmal vereist oder wieder eisfrei waren?

Heinz Buschkowsky, bekannter Berliner SPD-Kommunalpolitiker, wurde wieder einmal folgenlos von seinen Genossen zum Parteiaustritt gedrängt. Sein neuer Bestseller "Die andere Gesellschaft" stellt wieder Probleme mit islamischen Einwanderern heraus und wird lauthals von der AfD begrüßt. Das Buch steht schon hoch in den Bestseller-Listen, im SPIEGEL auf 5..

Mary Elise Sarotte schrieb eine sehr notwendige ZEIT-Seite zum Thema "Versprochen und gebrochen? Es geht nun akut um die (nicht nur) russische Lüge, der Westen haben im Prozess der deutschen Wiedervereinigung den Sowjets versprochen, "dass sich die Nato nicht nach Osten ausdehnen wird." Sarotte stellt korrekt fest: "Es gab niemals eine formelle Zusage.." Wohl gab es in dieser Richtung persönliche Einzelmeinungen, z.B. von [Minister Genscher](#). Doch nichts davon landete in schriftlichen *offiziellen* Papieren, nichts wuchs bis zu einer echten *Vereinbarung*. Ich kann aus meiner Erfahrung hinzufügen: Polens damaliger Präsident [Aleksander Kwasniewski](#) sagte mir bei seinem Bonn-Besuch während eines 4-Augen-Frühstücks auf dem Petersberg: "Wir müssen nun rasch in die NATO, erst später mal in die EU. Es gibt keine Vereinbarung der USA mit Gorbatschow, die im Wege ist. Einige in Europa zögern leider, doch es wird funktionieren."

=====

FAZ-Blöd-Schlagzeile: "Hunderttausende demonstrieren gegen Klimawandel" (23.9.14, S. 2)



Dr. Renate Sommer MdEP

Die Europäische Kommission stellte ihren diesjährigen Fortschrittsbericht zur Türkei vor. Wieder waren Reformbestrebungen in den vergangenen zwölf Monaten nicht zu erkennen. Daher fällt der Bericht noch negativer aus als im Vorjahr.

"Mit Verärgerung und Staunen", so hört man aus Umfrage-Instituten wie Allensbach und Emnid, reagierten die deutschen Wähler kürzlich auf die Brüsseler Nachricht, die EU-Kommission setze ihr Beitrittsverhandlungen mit Ankara wieder einmal fort.

Dr. Renate Sommer, Türkei-Expertin der EVP-Fraktion zur Lage:

Der "Fortschrittsbericht" zur Türkei ist wieder ein harscher Rückschrittsbericht. Die EU-Kommission übt richtigerweise scharfe Kritik an mangelnder Rechtsstaatlichkeit. Doch die regierende AK-Partei ist bekannt beratungsresistent. Korruptionsvorwürfe gegen die regierende Klasse - inklusive Erdogan - werden ignoriert. Der Kampf gegen Korruption wurde de facto eingestellt. Endlich mal gab jetzt der Erweiterungskommissar zu, was schon seit Jahren Realität ist: Die Türkei entfernt sich immer weiter von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Nur dem türkischen Verfassungsgericht war es zu verdanken, dass Gesetze zur weiteren Einschränkung der Medien- und Meinungsfreiheit, wie Youtube- und Twitter-Verbot, zurückgenommen werden mussten. Erhebliche Defizite sieht die Kommission auch bei der allgemeinen Presse- und Meinungsfreiheit sowie bei der Versammlungsfreiheit. Ein im Februar 2014 verabschiedetes Gesetz zur Kontrolle des Internets wurde erst Anfang September verschärft.

Auch in diesem Jahr hat Erdogan es in letzter Minute geschafft, die Brüsseler Kritik zu mildern: per Annahme eines weitreichenden Gesetzes, das u.a. auf eine friedliche Lösung der Kurdenfrage, die Stärkung der sozialen Inklusion und die Integration von ehemaligen Mitgliedern der terroristischen PKK abzielt.

Frühere mit Brimborium angekündigte Aktionen zur Europäisierung des Landes waren kaum mehr als Lippenbekenntnisse. Die Schlussfolgerung der EU-Kommission, dass sich keine der jüngsten Entwicklungen im Land positiv hinsichtlich der Beitrittskriterien ausgewirkt hätten, ist nur geschönt; die Empfehlung, zügig neue Verhandlungskapitel zu eröffnen, ist ein naiver Akt. Erdogan wird sie als Bestätigung seiner Politik verkaufen.

Die AfD blieb überall rechts der Mitte, leidet unter Streit und verstärkt dennoch ihr Profilstreben; noch immer fehlt der Union die überzeugende AfD-Entlarvungsstrategie

Die AfD regt viele CDU-Funktionäre Kader auf, die aber erstaunlich wenig über den neuen Konkurrenten wissen. Mancher spürt irritiert, dass einige Zeitungen die AfD als künftig möglichen Partner von CDU und CSU beschreiben, vor allem Springer-Blätter, Handelsblatt und ein wenig die FAZ. Andere stutzen, wenn die EU-Kritik von CDU-Kreisen peinlich der gleichen AfD-Kritik ähnelt. Doch ebenso verwirrend wirken Realitäten wie Abstimmungsbündnisse bei kommunalen Posten-Besetzungen zwischen AfD, NPD oder ProNRW. Vor allem stört die Unionsbasis, dass ihr keine nützlichen Informationen aus Berlin und aus den Landesverbänden zur Verfügung stehen, nur "Mit-Denen-Nicht"-Sprüche. ContraSalon füllt einige der Info-Lücken:

1. Europa. Die AfD-Gruppe in der Fraktion der Konservativen des Europäischen Parlaments ist weitgehend frustriert und von ihren Arbeits-Realitäten trotz Vorwarnung enttäuscht. Sie weiß jetzt, dass ihr Einfluss im Hause nahe Null bleiben wird. Ein Mitglied stöhnt: "Die so genannte europäische Mehrheit der größten Fraktionen plus Liberalen und vielen Grünen ist fester gefügt denn je und dicht. Bei den Hearings mit den Kommissarkandidaten versagte die AfD. Nur Beatrix von Storch MdEP meinte, ihr Kampf "gegen Gender-Mainstreaming" sei "in Brüssel voll angekommen". Die nach der Wahl in den Medien so hoch geschriebene "gefährliche Rechte" wirkt inzwischen insgesamt entfärbt. Der FN (Front National) z.B. gelang nicht das Einfangen einzelner MdEPs, um noch auf Fraktionsstärke zu kommen. Dazu kann beigetragen haben, dass sich die FN dem Kreml

und Putin als Partner andiente. Andere rechte und konservative Fraktionen sind auch noch mit Postenstreit und dem Fakt befasst, dass sie in EP-Ausschüssen weniger als erhofft reussierten.

2. Parteaufbau. Die AfD hat nun knapp 20.000 Mitglieder und bleibt damit hinter den Erwartungen des Vorstands zurück, aber auch entgegen voreiligen Medien-Berichten. Ältere Jahrgänge sind überrepräsentiert, ebenso Männer. Von einer "Professorenpartei"(BILD) kann keine Rede sein. Umworben werden Mittelstand, konservative Christen-Vereinigungen, Polizei, Bundeswehr, rechte Burschenschaften. / Bei den letzten Landtagswahlen zeigte sich, dass es große Zuwächse für die AfD gar nicht gab. Beispiel Sachsen: Zahl der Stimmen bei der Europawahl 164.263, Bundestag 157.781, Landtag 159.547. // Die AfD-Junioren nahmen nicht zu. Was die AfD weiter gefährlich macht, sind eigene Spezialaktionen und noch mehr solche von "Nahestehenden", dazu der spürbare Einfluss von Publikationen, an der Spitze die Wochenzeitung "Junge Freiheit" (JF), deren Auflage stieg und deren Redaktion abermals verstärkt wird.

3. Nächste Wahlen und Querelen. Hamburg wählt am 15.1.15 Bremen folgt noch. AfD-Chef Lucke hat nicht zuletzt deshalb einen Brandbrief an seine Partei (und die Öffentlichkeit!) geschrieben, in dem er Misstrauen und Querelen unter Mitgliedern rügt. Gemeint sind Entlarvungen von Rechtsradikalen oder Kriminellen, die auf Kommunalebene mangels Sorgfalt beim Auswählen in der AfD Mandate oder gar Vorstandsposten ergatterten. Fast nur über solche Vorgänge berichten die Tageszeitungen und das Regionalfernsehen.

Zu den Konsequenzen zählen jetzt AfD-Absagen an rechte Kleinparteien in den Hansestädten und Versuche zur Neuordnung der internen AfD-Debatten. Als Gegengewicht zu ziemlich vielen AfD-Russlandfreunden und Putin-Verharmlosern gründete die AfD eine "Arbeitsgemeinschaft Transatlantiker". In Bremen entstand eine AfD-Vereinigung für Schwule, die bundesweit ergänzt werden soll. Die Wahlprogramme in Bremen und Hamburg heißen "wirtschaftsliberal" und "wertkonservativ". Da die Hanseaten schon seit 1949 immer deutlich europhil waren sind, wird im Wahlkampf die EU-Kommission angegriffen, nicht aber die EU. Man rechnet in Hamburg mit acht Prozent AfD, in Bremen werde es "wahrscheinlich eng".



4. Sympathisanten in Aktion. Dieter Stein, JF-Chefredakteur hat vor einem Monat Kritikern deutlich gemacht, dass sein Blatt auf AfD-Kurs bleibe, wenn auch "mitdikutierend". AfD wie JF haben die Bekämpfung der Kriminalität in Deutschland zu einem ihrer Kampagnen-Thema erklärt (**siehe Foto rechts**). Das Blatt hat

inzwischen eine halbe Million dieser Broschüren zum Thema verteilt, nicht zuletzt mit Hilfe seiner Leser. In hoher Auflage erschien eine AfD-Parteigründungsgeschichte mit offenkundig manipuliertem Niedrigpreis. Eine weitere JF-Kampagne bekämpft seit September "Political Correctness" mit Aufklebern und behauptet, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland von links täglich mehr bedroht werde. Während die Broschüre gegen Kriminalität auf "die Bürger nebenan und am Arbeitsplatz" zielt, vertreibt man "PC" an Schulen und Hochschulen, besonders bei rechten Cliques.

5. Asylanten. Deutlicher denn je, vor allem in den östlichsten Bundesländern, agitiert die AfD gegen "die Asylantenflut", nutzt aber auch politisch das Unterbringungsproblem der Kommunen für so genannte "Flüchtlinge" aus, die freilich international zu über 80% als "Einwanderer" bezeichnet würden. Gelobt wird die restriktiver werdende Einwandererpolitik Englands sowie die Kontingentregelungen von Australien und Kanada.

6. "Brüssel". In der AfD wie in der JF wird der Kampf "gegen Brüssel" auch jetzt jede Woche fortgeführt. Im Augenblick geht es um eine EU-Richtlinie zu Hochwasserschutzmaßnahmen. "Brüssel" plane eine "kalte Teilenteignung" von Grundstücken. Wieder wird so getan, als habe "Brüssel" volle Allmacht zum Durchgriff in die Mitgliedstaaten.

Auch wichtig, dass die JF rechte Wahlsiege wie den der Front National begrüßt und dieses Jahr den der Schwedendemokraten. Ferner wird gelobt, dass flämische Christdemokraten in der neuen belgischen Regierung nunmehr mit erklärten EU-Gegnern kooperieren. Noch vereinzelt lobt die JF Bürgerinitiativen gegen die deutsche so genannte "Energiewende", z.B. jene in Mecklenburg-Vorpommern, die "gegen Windmühlen-Wahn" arbeitet.

7. Geschichte. In weiteren Ausgaben des CS werde ich auf eine wichtiger werdene Seite der JF und der AfD eingehen, nämlich ihren Kampf für eine gründlich revidierte deutsche Geschichte. Die JF veröffentlichte mehrmals Beiträge zur "britischen Schuld am Ersten Weltkrieg" und propagiert



sogar Polens "volle Mitschuld am Kriegsausbruch von 1939". Zugleich entlastet sie Hitler. Solche Thesen und Themen haben gewiss nichts mit der Partei AfD zu tun, doch sie leben in ihrem Unterstützer-Umfeld. Der geschilderte Stoff müsste natürlich diskutiert werden, doch im besten Sinne unabhängig.

8. Weiteres AfD-Umfeld. Am besten funktioniert noch immer die "Zivile Koalition", Sitz Berlin, die von AfD-Aktivisten wie Beatrix und Sven von Storch geführt werden und über rund eine halbe Million e-mail-Adressen verfügen. Der gut von Spenden lebende Verein startete eine Kampagne (**Bild rechts**) gegen die Freihandelsprojekte TTIP und CETA mit der Aufforderung, 50.000 Petitionen an Mitglieder des Europäischen Parlaments zu schicken.



Drei Zeitungen und Magazine schließlich, die bei den letzten Wahlen für die AfD eintraten, beißen noch schärfer als die JF. "Der Schlesier" machte auf mit der Zeile "Bundespräsident Gauck rüstet beim Weltkriegsgedenken gegen Russland auf und beleidigt Millionen Vertriebene." Das rechtsradikale Magazin ZUERST titelte "Islamischer Staat - Terror made in USA". Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine" druckte einen Text, in dem es hieß, die EU-Politik bedrohe Deutschland mit einem "zweiten Versailles".

THOMAS-JANSEN-KOMMENTAR (Auszug)

Allzu spät hat die britische Politik verstanden, dass es der von Westminster ausgehende Zentralismus ist, der den Schotten mehr und mehr unerträglich wurde. Nun werden die lange verweigeren Vorschläge zur Föderalisierung auf den Tisch kommen, die den einzelnen Teilen des *Vereinigten Königreichs* – England, Wales, Schottland und Nordirland – das Maß an Autonomie gewähren sollen, das für ihre Entwicklung im Interesse ihrer Bürger wie auch im Interesse des Zusammenhalts des Ganzen notwendig ist. Das ist eine Perspektive, die Europa insgesamt angeht.

Autonomie will nicht nur Eigenständigkeit oder Selbständigkeit heißen, sondern gleichzeitig auch Selbstverantwortung für die eigenen Angelegenheiten im Sinne der Subsidiarität und, im Sinne der Solidarität, Mitverantwortung der Teile für das Ganze. In einer Welt, die immer komplizierter und komplexer wird, ist die Autonomie der Teile dringend geboten. Wenn das Ganze wachsen und gedeihen soll, muss es sich auf gesunde und selbstbewusste Teile stützen können. Es geht also um eine grundsätzliche Frage der politischen Organisation, was auch durch die Tatsache belegt wird, dass an verschiedenen Stellen des Kontinents Autonomie-Bewegungen dort erfolgreich sind, wo in traditionellen Zentralstaaten die Politik nicht bereit ist, die Macht mit den Verantwortlichen auf der regionalen Ebene zu teilen. Das ist insbesondere dort der Fall, wo in zentralistisch regierten Staaten starke, historisch gewachsene Regionen existieren, die sich auf eine ethnische oder kulturelle Sonderentwicklung berufen können, wie zum Beispiel in Spanien Katalonien oder das Baskenland. Selbst dort, wo es einer regionalistischen Bewegung in einem zentralistisch regierten Staat mit einem schwachen politischen System gelingt, unter Ausnutzung von xenophoben und egoistischen Reflexen eine größere Wählerschaft hinter sich zu bringen, wie zum Beispiel die Lega Nord in Italien, ist der Ruf nach Unabhängigkeit virulent.

Offensichtlich besteht auch eine Korrelation zwischen - einerseits - der Notwendigkeit zu innerstaatlichem Föderalismus und - andererseits - der supranationalen Föderalisierung in der Europäischen Union durch die Vereinigung ihrer Mitgliedstaaten auf der Grundlage einer Verfassung (oder eines Vertrages), in der sich zwar alle einer Zentralgewalt unterwerfen, an deren Konstituierung und Politik sie allerdings beteiligt sind. Denn es fällt auf, wenn auch unzureichend, dass die Tendenz zur Entwicklung von politischem Selbstbewusstsein und Identität mit dem Prozess der Einigung und Integration Euro-pas im Laufe der letzten Jahrzehnte gewachsen ist.

Geschrieben und redigiert von **Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG**
Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre (meist jährliche) Spende deckt meine Kosten

Bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805
oder: BIC GENODED1WVI IBAN DE15 3706 9805 0101 4030 17